

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Zahnärztekammer

Datum: 27.07.2026

Die zahnärztliche und kieferorthopädische Versorgung in Sachsen-Anhalt ist aufgrund des hohen Altersdurchschnitts der Zahnärzteschaft und des demografischen Wandels trotz Gegenmaßnahmen wie der Einführung einer Landzahnarztquote und der Förderung eines Stipendiums für ein Zahnmedizin-Studium im ungarischen Pécs nach wie vor gefährdet – zu viele Studierende verlassen die Uni Halle und das Bundesland wieder. Wie konkret möchte Ihre Partei den Standort Sachsen-Anhalt für Berufsstarter attraktiver zu machen

In den letzten Jahren haben wir zahlreiche Maßnahmen auf den Weg gebracht, um mehr Zahnmediziner:innen auszubilden und einem drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Dazu zählen u.a. die Unterstützung der Stipendien an der Universität in Pécs/Ungarn, die Einführung einer Landzahnarztquote (3 Plätze) und eine Erhöhung der Praxisplätze an der MLU. Allerdings bleibt festzustellen, dass sich weiterhin viele junge Absolventinnen und Absolventen (75%) nach dem Studium entscheiden, Sachsen-Anhalt zu verlassen. Es muss allen Beteiligten und Verantwortlichen gelingen, deutlich zu machen, dass es sich lohnt, im Land zu arbeiten und zu leben – ob in einem Angestelltenverhältnis oder mit eigener Praxis. Wenn es trotz aller Maßnahmen nicht gelingt, dauerhaft mehr Zahnärzte oder Zahnärztinnen für eine flächendeckende Versorgung zu gewinnen, brauchen wir eine Rückkehr zum System der Bedarfszulassung für Zahnärztinnen und Zahnärzte und die Abschaffung der Niederlassungsfreiheit.

Planen Sie im Falle einer Regierungsverantwortung, ausländische Studienplätze für Zahnmedizin auch weiterhin zu fördern?

Ja. Die Stipendien sind langfristig bis zum Ende des Studiums angelegt. Eine abrupte Einstellung des Förderprogramms wäre ein schlechtes Signal an die Studierenden und wenig verlässliches Handeln.

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Zugewanderte Fachkräfte sind für die Sicherstellung der zahnärztlichen Versorgung in Sachsen-Anhalt bereits unverzichtbar geworden, sowohl als Behandler als auch als Praxisteams.

Was tut ihre Partei zur Integration dieser Fachkräfte?

Das Land ist auf Zuwanderung von medizinischen und Gesundheitsfachkräften aus dem Ausland unbedingt angewiesen. Ohne sie wäre unser Gesundheitssystem nicht so leistungsfähig. Bereits jetzt sind knapp 20% aller Beschäftigten im Gesundheitssystem bzw. Ärzte und Ärztinnen aus dem Ausland. Wir müssen alles dafür tun, dass unser Land Menschen, die bei uns arbeiten und leben wollen, sich willkommen und sicher fühlen. Auf Bundesebene wurde im Mai 2026 das Gesetz zur Beschleunigung der Anerkennungsverfahren ausländischer Berufsqualifikationen in Heilberufen beschlossen, das es ermöglicht, die Anerkennungsverfahren von Ärzten, Zahnärzten, Apothekern und Hebammen zu entbürokratisieren, zu vereinheitlichen und zu digitalisieren. Das Gesetz wird auch positive Auswirkungen auf das Land haben.

Seit Jahren wird auf Bundes- und Landesebene versprochen, mittelständische Unternehmen und Bürger bei Steuern und Bürokratie zu entlasten – in der Realität ist für viele Zahnarztpraxen eher das Gegenteil der Fall.

Welche konkreten Maßnahmen werden Sie auf Landesebene umsetzen, um Steuer- und Bürokratielasten für Freiberufler und Mittelständler abzubauen?

Ja, der Alltag in den Praxen wird von vielen Verwaltungsaufgaben bestimmt und die Zeit fehlt dann für die Patientenversorgung. Uns sind die Vorschläge aus dem Maßnahmenkatalog „Gemeinsam Bürokratie abbauen!“ der BZÄK bekannt. Wir weisen aber darauf hin, dass dies zum großen Teil die Ebene der Selbstverwaltung und der Kassen betrifft und vieles nur auf bundesgesetzlicher Ebene geändert werden kann. Im Koalitionsvertrag Bund wurde folgender Passus vereinbart: „Wir verringern Dokumentationspflichten und Kontrolllichten durch ein Bürokratieentlastungsgesetz im Gesundheitswesen massiv, etablieren eine Vertrauenskultur und stärken die Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit der Professionen, statt sie mit Bürokratie aus Gesetzgebung und Selbstverwaltung zu lähmen.“ Das werden wir auf Bundesebene unterstützen und begleiten.

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Wie auf der 10. Landesgesundheitskonferenz im vergangenen Jahr berichtet wurde, hat Sachsen-Anhalt beim Erreichen des Gesundheitszieles Zahngesundheit bei Kindern und Jugendlichen Fortschritte gemacht. Auch politisch ist einiges passiert, etwa die Verankerung des Zähneputzens im Kita-Bildungsprogramm „Bildung elementar“. Doch noch immer ist das Land von einer Zahngesundheit auf Bundesschnitt entfernt.

Was wird Ihre Partei gegen das Problem der Polarisierung frühkindlicher Karies im Land unternehmen?

In den letzten fünf Jahren hat sich der Anteil der Kinder mit einem naturgesunden Gebisszustand erhöht. Dies zeigt, dass die begonnen Maßnahmen wie die Gruppenprophylaxe in Kitas und Schulen ihre Wirkung entfalten. Mit dem Zahngesundheitspass für Kinder bis 12 Jahre, der bereits in den Geburtskliniken den Eltern übergeben wird, soll sich die Aufmerksamkeit der Eltern für regelmäßige Zahnarztbesuche der Kinder steigern.

Die Gesundheitsministerkonferenz hat kürzlich beschlossen, dass die Mund- und Zahngesundheit von Kindern durch eine alltagsintegrierte, strukturierte Prävention in Kitas und Schulen, insbesondere durch tägliches Zähneputzen mit fluoridhaltiger Zahnpasta verbessert werden soll. Mit der Überarbeitung des verpflichtenden Bildungsprogramms „bildung:elementar“ für die Kitas im Land, wurde das tägliche Zähneputzen aufgenommen. Dies alles sind Maßnahmen, um Kinder bereits früh an Mundgesundheit zu gewöhnen und Karies einzudämmen. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

Wie steht Ihre Partei zur Einführung einer Zuckersteuer?

Als SPD befürworten wir die Einführung einer Zuckerabgabe als ein Mittel zum Schutz der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen und als präventive Maßnahme für Karies- sowie Adipositas- und Diabetes-Vorsorge. Die Erfahrungen in anderen Ländern, die eine Zuckersteuer eingeführt haben, sind gut und der Zuckeranteil insbesondere in Getränken hat sich reduziert. Weniger Zucker und gesündere Rezepturen sind eine effektive Maßnahme, um ernährungsbedingte Krankheiten und deren Folgekosten zu reduzieren bzw. zu vermeiden.